



Martin Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

26.04.2013

## **Rede zum Antrag Die Linke "Straffreiheit bei Steuerhinterziehung durch Selbstanzeige abschaffen"**

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Straffreiheit  
bei Steuerhinterziehung durch Selbstanzeige abschaffen

Martin Gerster (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! In einem hatte Herr Wissing offenbar recht, dass nämlich bei dieser Debatte ganz schön viel Unfug erzählt wird; Herr Michelbach ist mit das beste Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz vorn beim Erzählen von Unfug sind Mitglieder der Bundesregierung. Gestern war in der Schwäbischen Zeitung das „Zitat des Tages“ vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter. Ich zitiere:

Der Fall Hoeneß ist doch nur ein Einzelfall – ein Zierfisch, ein dicker, fatter Zierfisch.

(Iris Glicke [SPD]: So, so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich, wie es eigentlich möglich ist, in einem einzigen Satz drei Fehler zu machen.

Erstens. Über Uli Hoeneß kann man viel erzählen. Er ist ein erfolgreicher Fußballmanager, ein meinungsstarker Fußballmanager, ein Unternehmer, ein Steuerhinterzieher offenbar. Aber ein Zierfisch? Ich bitte Sie! Ein Zierfisch?! Das zeigt, wie hier geblendet wird, wie hier bagatellisiert wird, wie hier abgelenkt wird, und das lassen wir Ihnen an dieser Stelle nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Uli Hoeneß ein Einzelfall? Ich bitte Sie! Seit 2010 haben wir über 47 000 Selbstanzeigen in diesem Land. Das ist doch kein Einzelfall!



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Daran lässt sich zeigen, wie Sie hier vorgehen, wie Sie das Thema Steuerhinterziehung bagatellisieren.

Drittens. Wäre das deutsch-schweizerische Steuerabkommen zustande gekommen, hätten wir nie von diesem angeblichen Einzelfall erfahren, weil er anonym hätte bleiben können. Insofern ist es unerhört, wie Sie tagein, tagaus Unfug erzählen, seit dieses Thema auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Vorher auch schon!)

In der Schwäbischen Zeitung stand gestern auf derselben Seite noch etwas.

(Holger Krestel [FDP]: Lesen Sie nur eine Zeitung?)

– Ich lese mehrere Zeitungen, Herr Krestel. Sie können nachher noch ein paar andere zitieren. Da kommen Sie in der Berichterstattung und Kommentierung jedoch auch nicht besser weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Die ist aus Bayern finanziert, haben wir eben gehört!)

Unter dem Bildtitel „Hoeneß als warnendes Exempel“ sieht man den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Ich zitiere:

Wir haben uns für ein HÄRTERES Vorgehen bei Steuerhinterziehung entschieden. Zwar BLEIBTdie Möglichkeit zur Selbstanzeige ...

... allerdings wird die Bundeskanzlerin jedem Steuersünder persönlich ausrichten lassen, wie ENTTÄUSCHT sie von ihm ist!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zugegebenermaßen ist dies eine Sprechblase in einer Karikatur.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das ist genau das Niveau!)

Aber in jeder Karikatur steckt auch ein wahrer Kern. Deswegen fragen wir uns, warum wir von der Bundeskanzlerin zu diesem Thema überhaupt kein Wort hören, außer: Ich bin enttäuscht über Uli Hoeneß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Das wäre doch vielleicht ein Anlass für eine Regierungserklärung gewesen.

(Holger Krestel [FDP]: Vielleicht eine Gedenkminute!)

Schweigen im Walde. Überhaupt nichts. Und dies, obwohl sich Schwarz-Gelb beim Kampf gegen Steuerhinterziehung nunmehr statt als Verhinderer als Vorreiter aufspielt.

Deswegen ist es gut, dass die Linksfraktion dieses Thema nochmals in den Bundestag geholt hat. Einige angesprochene Punkte sind richtig. Ich will hier die bessere Kooperation der Behörden ausdrücklich erwähnen. Es ist auch richtig festgehalten worden, dass wir bei der Steuerverwaltung und Steuerfahndung unbedingt eine bessere Ausstattung brauchen. Herr Wissing, Sie haben vorhin gesagt: Das hat nichts mit Bayern zu tun. Ja, das stimmt. Es hat eigentlich nur etwas mit der CSU und mit Schwarz-Gelb in Bayern zu tun. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bayern unter CSU und Schwarz-Gelb sind Steuerfahndung und Steuerverwaltung bezogen auf die Ausstattung wahrlich keine Kampffische, um beim Bild von Herrn Kampeter zu bleiben. Dort gibt es im Bereich der betrieblichen Steuerprüfung eine personelle Unterbesetzung von 20 Prozent. Dies ist keine SPD-Zahl, sondern eine Zahl des Bayerischen Obersten Rechnungshofes. In seinem aktuellen Jahresbericht 2013 wird noch einmal deutlich Kritik geübt. Es wird von Steuerausfällen durch diese Unterbesetzung im dreistelligen Millionenbereich gesprochen. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Schauen wir einmal in ein anderes Bundesland: nach Hessen. Dort waren gute Steuerfahnder unterwegs. Was ist dann unter Volker Bouffier gemacht worden?

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: In die Psychiatrie haben sie sie gesteckt!)

Sie sind als psychisch krank deklariert worden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Sauerei!)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Es musste ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Man hat den Eindruck, dass in Hessen unter Volker Bouffier nicht die Steuerhinterzieher verfolgt werden, sondern die Steuerfahnder im Blickpunkt stehen. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Ländern. Herr Flosbach, Sie haben gesagt, das sei alles Sache der Länder. Schauen wir einmal nach Baden-Württemberg. Die neue Landesregierung hat Schluss gemacht mit dem Argument: Standortvorteile für Baden-Württemberg sind eine schlecht ausgestattete Steuerverwaltung, eine schlecht ausgestattete Steuerfahndung und dass ihr so gut wie nie kontrolliert werdet. Wir wollen dort 500 neue zusätzliche Stellen für die Steuerfahndung und die Steuerverwaltung und 500 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen. Das ist der richtige Weg. Grün-Rot macht es an dieser Stelle vor. Das gehört gewürdigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es bringt überhaupt nichts, wenn Sie beim Thema Ankauf von Steuer-CDs immer wieder hereinrufen: Alles Hehlerei.

(Holger Krestel [FDP]: Ist es auch!)

Das ist in gewisser Weise pharisäerhaft; denn Ihre schwarz-gelb regierten Bundesländer – es sind nicht mehr so viele, und im Laufe des Jahres werden es noch weniger – profitieren finanziell vom Ankauf dieser Steuer-CDs, der aus den Reihen der FDP immer wieder kritisiert wird. Am Mittwoch wurde dies aber auch aus den Reihen der Fraktion der CDU/CSU in Person des Fraktionsvorsitzenden getan. Deswegen sagen wir: So sieht Ehrlichkeit jedenfalls nicht aus, weder in der politischen Debatte noch beim Thema Steuerhinterziehung.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Steuerhinterziehung muss Chefsache sein, das ist ganz klar; denn es ist ein massives Problem. Sich darum zu kümmern, ist eine Frage der Gerechtigkeit, um es noch einmal ganz klar zu formulieren. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Deswegen ist es richtig, es zu thematisieren.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Richtig!)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Wir brauchen die Gelder. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat errechnet, dass weit über 400 Milliarden Euro von deutschen Steuerzahlern – oder eben Nichtsteuerzahlern; so ist es richtig – am Fiskus vorbeigeschoben werden. Dabei brauchen wir die Mittel für unsere Gesellschaft: für Bildung, für Verkehrsinfrastruktur, für Arbeit und Soziales und für die Unterstützung unserer Familien. Deswegen gehört dieses Thema permanent auf die Tagesordnung.

Wir werden Sie bis zum Wahltag nicht aus der Verantwortung lassen, danach werden wir die Verantwortung übernehmen und zeigen, wie man es richtig macht im Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Bildung und Baden-Württemberg: 10 000 Lehrerstellen gestrichen!)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17238.pdf>